



Antrag

der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW

Betreuungsgeld stoppen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich dem Antrag des Landes Baden-Württemberg auf „Entschließung des Bundesrates - Betreuungsgeld stoppen, Bundesmittel zum Ausbau der Kleinkindbetreuung aufstocken“ im Bundesrat anzuschließen.

Begründung:

Verschiedene Studien belegen, dass die Einführung des Betreuungsgeldes sozial-, integrations- und gleichstellungspolitisch verfehlt und verfassungsrechtlich problematisch wäre. Der Gesetzgeber würde damit finanzielle Anreize schaffen, die Bildungsbeteiligung von Kindern und die Erwerbstätigkeit von Eltern zu verringern statt zu erhöhen. Auch die EU-Kommission hat sich Anfang Februar 2012 in diesem Sinne kritisch zum Betreuungsgeld geäußert. „Einen Anreiz einzuführen, der Eltern das Gefühl vermittelt, sie sollten zu Hause bleiben und einen Zuschuss erhalten, ist kontraproduktiv für die Förderung der Beschäftigung“, sagte die Sprecherin des EU-Sozialkommissars.

Die Landes- und die Bundesregierung sollten auf die geplante Einführung eines Betreuungsgeldes verzichten und stattdessen das Ziel verfolgen, den weiteren Ausbau eines bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Angebots an Bildungs- und Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren voranzutreiben.

Siegrid Tenor-Alschausky
und Fraktion

Dr. Marret Bohn
und Fraktion

Antje Jansen
und Fraktion

Anke Spoorendonk
und Fraktion